

Wo steht DIE LINKE?

Ich bin Mitglied des Bundessprecher:innenrates der Sozialistischen Linken, vertrete hier aber meine persönliche Auffassung. Ich war etliche Jahre im Parteivorstand der LINKEN und war in der Programm- und Redaktionskommission für das Erfurter Programm. Ich bin ausgetreten nach dem Mitgliederentscheid, dass die Partei ein BGE fordern soll, allerdings gab es auch diverse andere Differenzen, insb. die Friedenspolitik.

Ich habe lange vertreten, DIE LINKE müsse als plurale Partei, die verschiedene Traditionen und Strömungen zusammenführe, aufgebaut und erhalten werden. Das war der Ausgangspunkt der Parteigründung 2007 und hat ja auch zunächst ganz gut funktioniert, getragen von Bewegungen und Gemeinsamkeiten gegen Sozialabbau und Neoliberalismus und gegen den Irak-Krieg und Auslandseinsätze.

Das hatte aber Bedingungen: 1. dass gegenüber diesen Fragen andere in die zweite Reihe gerückt waren, und 2. politische Kräfteverhältnisse in der Partei, wo Kräfte in diesem Sinne dominierten und eine Balance der verschiedenen Tendenzen halten konnten. Dabei spielte m.E. die SL eine wichtige Rolle als Teil des linken Flügels und zugleich realistisch, reformpolitisch und massenorientierte Kraft. Diese Bedingungen sind nicht mehr gegeben.

Zunehmende Konflikte und Krisenerscheinungen

In den letzten zehn Jahren sind zunehmend Probleme und Krisenerscheinungen aufgetreten, andere Themen und Konflikte rückten in den Vordergrund, bei denen es unterschiedliche Positionen gibt:

- Migrationspolitik, „offene Grenzen für alle“
- zur Bedeutung des Nationalstaats
- Haltung zu internationalen Fragen: EU, Nahost, Venezuela, Ukraine usw., Antiimperialismus und gegen die NATO oder auf der Seite des Westens
- Umgang mit Genderfragen, zugespitzt in „LINKE-Metoo“-Kampagne, mit (Anti)Rassismus, „Identitätspolitik“
- Umgang mit der AfD
- Umgang mit Corona und der Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen
- Bedeutung der Ökologiefrage im Verhältnis zu sozialen Fragen
- Die BGE-Abstimmung hat die zunehmende Distanz und falsche Orientierung großer Teil der Partei zu Fragen der Arbeit und sozialen Sicherung zugespitzt zum Ausdruck gebracht

Oft macht sich die Kontroverse an Äußerungen von Sahra Wagenknecht fest, der vorgeworfen wird, einen „Kulturkampf“ in die Linke zu tragen. Aber sie hat diesen Kulturkampf, der von anderen in der LINKEN geführt wird, nicht erfunden, sondern bringt nur zugespitzt, teils überspitzt eine Gegenposition dazu zum Ausdruck.

Dabei geht es nicht darum, dass die Gegenposition anti-ökologisch, antifeministisch, anti-queer, rassistisch oder nationalistisch wäre, sie ist all das nicht, sondern es geht darum, welche relative Bedeutung diese Fragen haben und wie sie konkret behandelt werden. Unter dem Label einer angeblich „verbindenden Klassenpolitik“ werden hier von den heute bestimmenden Gruppen in der Partei Radikalpositionen vertreten, die die überwiegende

Mehrheit der Menschen nicht mitmachen, die sie abschrecken, die in Wirklichkeit daher oft spalten statt verbinden.

Es geht letztlich um die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen die LINKE erreichen, für wen sie in erster Linie da sein will: Die Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeitenden, die sozial Benachteiligten, die Rentner:innen, die „normalen Leute“ – oder das v.a. junge, akademische, aktivistische linke Milieus in den großen Städten, mit ihren Themen? Es geht um die Frage, was „links“ heute vorrangig bedeuten soll.

Das war m.E. auch der Hintergrund der schroffen Ablehnung von „Aufstehen“ durch die Parteiführung: Sie wollten die sich dort sammelnden Menschen und ihre Haltungen nicht in der LINKEN, weil das der Orientierung auf die letztgenannten Gruppen entgegengestanden hätte. Das Ergebnis zeigt sich in den Wahlniederlagen, wo DIE LINKE v.a. bei den bevölkerungsstarken Gruppen der heute Älteren (über 50 Jahre alt) und bei Beschäftigten und ihren Familien ohne akademischen Hintergrund massiv verloren hat.

In 2022 haben sich die Auseinandersetzungen in der LINKEN wie in der gesellschaftlichen Linken dann massiv am Umgehen mit dem Krieg Russlands in der Ukraine und mit dem Wirtschaftskrieg des Westens gegen Russland zugespitzt. Statt hier eine klare Friedensposition einzunehmen und die sozialen Probleme damit zu verbinden, eiert die Parteiführung rum, stellt keine wirksame Opposition gegen die Politik und die Erzählungen der Regierungen und Massenmedien dar. 1. weil sie und ihre Basis in der Partei und der Gesellschaft, v.a. die Jüngeren, das in der Sache nicht wollen, und 2. weil sie ansonsten auf absehbare Zeit jegliche Regierungs- bzw. Koalitionsperspektive zumindest auf Bundesebene ruinieren würde.

DIE LINKE ist faktisch gespalten

Das Ergebnis ist, dass DIE LINKE faktisch gespalten ist, politisch in Knackpunkten nicht nur keine gemeinsamen Positionen mehr vertritt, sondern teils gegensätzliche. Wir, die Minderheit bei den Funktionären, insb. in den großen Städten, den meisten Landesverbänden, auf dem Bundesparteitag und im Parteivorstand sowie in der RLS, werden massiv ausgegrenzt – auch wenn unsere Positionen in der Mitgliedschaft und bei den Wählern erheblich größere Unterstützung haben dürften, teilweise die Mehrheit. In der Bundestagsfraktion sieht es noch anders aus, aber mit dem Ende dieser Legislaturperiode dürfte sich das auch erledigt haben, so oder so.

Das Problem der faktischen politischen Spaltung wird dadurch besonders schwerwiegend, dass es nicht nur die obere Funktionärebene betrifft, sondern auch die Basis der Partei und die gesellschaftliche Basis. Es gibt da zunehmend keine Bereitschaft, die anderen Positionen als ebenfalls legitime linke zu akzeptieren und trotz Differenzen konstruktiv zusammenzuarbeiten, sondern die anderen werden als politische Gegner betrachtet und diffamiert, teilweise geradezu hasserfüllt. Besonders stechen da die „antideutsch“ beeinflussten Spalter hervor, die sich teils auch in der „progressiven Linken“ und der Bewegungslinken betätigen, für die angebliche „Wagenknechte“ eigentlich rechts sind und „Putinisten“ o.ä. und jedenfalls rausgedrängt gehören. Mit solchen Leuten ist tatsächlich keine Zusammenarbeit möglich.

Leider sehe ich keine reale Chance, diese Entwicklungen, die zu einer Mehrheitsfähigkeit der Bewegungslinken im Bündnis mit Linksliberalen und anderen Gegnern einer traditionell sozial und friedensorientierten Ausrichtung der LINKEN auf Parteitagen geführt haben, wieder umzukehren und die Partei sozusagen „zurückzuerobern“. Regional begrenzt

vielleicht, aber nicht in der Gesamtrepublik und dauerhaft. Zu viele, die dafür gebraucht würden, haben der LINKEN in den letzten Jahren bereits den Rücken gekehrt und sind auch nicht mehr zurückzugewinnen, und dieser Prozess schreitet fort. Dass auch auf der anderen Seite massenweise Leute austreten, die oft mit linker Politik im Sinne des Erfurter Programms wenig zu tun haben und anscheinend eher irrtümlich in die Partei eingetreten waren, reicht dazu nicht. Es trägt nur dazu bei, dass die Partei insgesamt zerfällt und implodiert.

Das Erfurter Parteiprogramm wird zwar von den Gremien und der Mehrheit der Parteifunktionäre noch offiziell vertreten, aber das sind eher Lippenbekenntnisse, viele haben es wahrscheinlich nie wirklich gelesen. Tatsächlich werden die Positionen v.a. im internationalen Bereich und bei Arbeit, Wirtschaft und Soziales zunehmend geschleift. Es kommt nicht auf Formelkompromissen und Beschlüsse auf dem Papier an, sondern welches Bild die Partei real in der Öffentlichkeit und bei den Leuten vermittelt. DIE LINKE versagt vor den Herausforderungen, eine soziale und friedenspolitische Opposition darzustellen.

Nötig wäre bzw. ist eine politische Kraft, die klare Gegenpositionen gegen die Krisenpolitik, Wirtschaftskrieg, Waffenlieferungen und Aufrüstung und die entsprechende Propaganda bezieht, für Frieden und internationale Zusammenarbeit. Die die sozialen Interessen der Mehrheit, soziale Gerechtigkeit und Arbeit in den Mittelpunkt stellt. Die populär die Arbeitenden, die einfachen Leute anspricht, in Stadt und Land, Ost und West, Jung und Alt, Frauen und Männer, egal oder mit Migrationshintergrund oder ohne. Das ist auch eine Demokratiefrage: es ist nötig, politisch enttäuschte Leute aus der Nichtbeteiligung oder teils auch der AfD-Unterstützung herauszuholen, mit einem Profil gegen die da oben, gegen die großen Konzerne, dagegen dass Deutschland und die EU als Vasallen der USA agieren.

Notwendigkeit und Möglichkeit einer neuen politischen Kraft

M.E. macht und kann DIE LINKE das nicht, nicht mehr, hat zu viele von sich abgestoßen. Es ist daher die Frage und m.E. eigentlich eine Notwendigkeit, eine neue politische Kraft aufzubauen ist, die das leisten will und kann. Es ist klar, dass Sahra Wagenknecht und ihre Popularität ein zentraler Faktor für die Erfolgsaussichten eines solchen Projekts wären. Aber das reicht nicht, eine neue Partei bräuchte viele Aktive, überall im Land. Und es gäbe Probleme mit vielen, die dann kommen würden, die politisch oder persönlich aber problematisch sind, rechts vielleicht oder Sektierer oder pure Karrieristen. Es müsste darauf geachtet und dafür gesorgt werden, dass solche Leute herausgehalten oder zumindest von relevanten Funktionen und Mandaten ferngehalten werden. Zum Glück gibt es eine Regelung im Parteigesetz, dass Mitgliedsanträge ohne Begründung auch abgelehnt werden können.

Eine solche politische Kraft müsste in der Sache natürlich traditionell links sein, für soziale Gerechtigkeit und Frieden, selbstverständlich auch für gleiche Rechte für alle, für Frauenemanzipation, gegen Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit. Auch die ökologische und Klimafrage muss ernst genommen und beantwortet werden, im Mittelpunkt muss dabei allerdings die soziale Gestaltung stehen. Es ist eine breite Ansprache nötig, auch von kleinen Unternehmern und Selbstständigen, aber zentral ist die Masse der Lohnabhängigen, eine klassenpolitische und gewerkschaftliche Orientierung ist nötig. Bei letzterem hat Sahra m.E. Schwächen, dieses Profil muss stärker von anderen und von unten ausgeprägt werden.

Um möglichst breit Menschen für eine soziale und friedenspolitische Alternative anzusprechen wäre es aber m.E. sinnvoll, wenn eine solche Partei sich nach außen nicht als ausdrücklich „sozialistisch“ oder auch nur „links“ darstellen würde, weil diese Begriffe für viele „verbrannt“ sind, sie eher abschrecken, weil sie sie mit falschen Vorstellungen verbinden, die wir gar nicht meinen. Ein bisschen ähnelt die Lage der beim Aufbau der WASG ab 2004, auch die hat sich nicht so bezeichnet, obwohl sie m.E. real politisch linker war als die PDS. Klar ist aber auch, eine neue Partei müsste zugleich die Heimat der traditionellen sozialistischen Linken sein, diese müssten darin eine zentrale Rolle spielen, sich organisieren, Bildungsarbeit betreiben, Leute gewinnen und mobilisieren.

Mein Ergebnis ist: ich bin dafür auszuloten, ob es Möglichkeiten gibt, so eine neue politische Kraft aufzubauen, sich vorzubereiten und es zu versuchen, wenn es nötig ist. Ich denke, es ist nötig, ob es realistisch möglich ist und versucht wird, wird sich im Laufe dieses Jahres klären müssen. Es ist schwierig und dabei ist vieles zu beachten, politisch, organisatorisch, personell, finanziell. M.E. wird es für sehr viele, die noch in der LINKEN Mitglied oder aktiv sind, vom Profil und Erfolg eines neuen Projekts abhängen, wie und wo sie sich künftig dann weiter betätigen. Auf jeden Fall sollten die traditionell sozialistischen und friedensorientierten Kräfte innerhalb und außerhalb der LINKEN in gemeinsamer Diskussion bleiben. Der Kreis, der sich hier trifft, ist dafür wichtig.